FDP Hessen

LIBERALER MITTELSTAND WÄHLT NEUEN VORSTAND

24.10.2016

Im Beisein von Jörg-Uwe Hahn, finanz- und kommunalpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion sowie Moritz Promny, FDP-Bezirksvorsitzender Südhessen-Starkenburg, wählte der Liberale Mittelstand Hessen e.V. am 19. Oktober 2016 seinen neuen Landesvorstand. Zahlreiche der bisherigen Mitglieder um den Vorsitzenden Dr. Dorian Hartmuth wurden im Amt bestätigt. Gleichzeitig verstärken nun auch einige jüngere Mitglieder den Landesvorstand.

Dr. Dorian Hartmuth, Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes Hessen, bedankte sich bei den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen. „Ein großer Dank geht auch an mein bisheriges Vorstandsteam. Wir haben in den vergangenen Jahren mit zahlreichen hochkarätigen Veranstaltungen eine Netzwerkplattform geschaffen, die hessische Mittelständler gerne nutzen. Der Austausch der Unternehmer untereinander, aber auch die Informationen zu aktuellen Themen wie der Erbschaftssteuerreform stoßen auf immer größeres Interesse.“ Die Mitgliederzahl steige kontinuierlich an, so Hartmuth, der sich über jedes neue Mitglied freut.

Jörg-Uwe Hahn, der den Liberalen Mittelstand seit vielen Jahren begleitet, lobte die Arbeit des Verbandes: „Mittelständische Unternehmen bilden eine zentrale Säule der hessischen Wirtschaft. Traditionsreiche Familienbetriebe kümmern sich um die Belange ihrer Mitarbeiter und sorgen für verlässliche Arbeitsplätze in der Region. Ihnen eine Stimme zu verleihen, ist eine sehr wichtige Aufgabe.“ Gleichzeitig gelte es, jungen Gründern, beispielsweise Startups aus dem Fintech-Bereich, sinnvolle und praxisnahe Unterstützung zukommen zu lassen. Hier gebe es in Hessen noch einiges zu tun.

Für Moritz Promny, den stellvertretenden hessischen FDP-Vorsitzenden, spielt die Komplexitätsreduzierung in der Verwaltung eine zentrale Rolle. Besonders

Abgerufen am 10.12.2025 unter https://fdp-hessen.de/?p=2151

mittelständische Betriebe seien oft von übertriebenen staatlichen Auflagen betroffen. Hier gelte es, die Zeit zu reduzieren, die der Staat den Menschen – Arbeitgebern wie Arbeitnehmern – Jahr für Jahr mit Behördengängen und langwierigen Genehmigungsverfahren stehle.